

Aus dem Bundesverwaltungsgericht

**Zwei Landwirte müssen Direktzahlungen abgeben**

*Vermögensgrenze überschritten*

(sda) Der Bundesrat hat zwei Landwirte aus dem Kanton Zürich mit einem Vermögen von über 1 Million Franken zu Recht von den Direktzahlungen ausgeschlossen. Laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts müssen sie die irtümlich erhaltenen Leistungen zurückzahlen. Die beiden Brüder hatten in ihrem Antrag für Direktzahlungen die Rubrik «Vermögen» offengelassen. Sie erhielten vom Amt für Landwirtschaft und Natur des Kantons Zürich (ALN) 2003 und 2004 deswegen 71 000 Franken Direktzahlungen pro Jahr und 2005 noch eine erste Tranche von 34 000 Franken ausbezahlt. Später fand das ALN gestützt auf die Steuerdaten heraus, dass die Brüder über ein Vermögen von 4,3 beziehungsweise 2,8 Millionen Franken verfügten. Weil damit die vom Bundesrat festgelegte Anspruchsgrenze von 1 Million Franken Vermögen überschritten wurde, forderte es die Zahlungen samt Zinsen zurück. Zu Recht, wie nun das Bundesverwaltungsgericht entschieden hat.

Laut dem Urteil der Berner Richter war der Bundesrat befugt, die fragile Limite festzulegen, ab der keine Direktzahlungen mehr ausgerichtet werden. Die entsprechende Kompetenz sei ihm im Landwirtschaftsgesetz übertragen worden. Weiter hatten die zwei Brüder erfolglos argumentiert, das Abstellen allein auf das Vermögen sei gegenüber wohlhabenden Landwirten diskriminierend, da es sich bei den Direktzahlungen um Lohn für geleistete Arbeit handle. Verworfen hat das Gericht auch ihren Einwand, dass der Anspruch auf Rückforderung verjährt sei. Nicht zu beanstanden sei schliesslich, dass das ALN 5 Prozent Verzugszinsen verlange. Es stehe fest, dass die Brüder schuldhaft gehandelt hätten: Sie seien zuvor nie in den Genuss von Zahlungen gekommen und hätten deshalb nach Eingang des Geldes nachfragen müssen. Der Entscheid kann beim Bundesgericht angefochten werden.

Urteil B-5624/2007 vom 20. 6. 2008.

**Winterthur motiviert zum Bau von Solardächern**

*Prämien von total 150 000 Franken*

bto. Die Stadtwerke Winterthur wollen erreichen, dass innerhalb von 18 Monaten mindestens 100 Winterthurer Hausbesitzer auf ihrem Dach eine solarthermische Anlage bauen. Eine heute beginnende Aktion unter dem Titel «100 jetzt!» soll die Hausbesitzer durch Information, Beratung und konkrete Zahlungen zur Investition motivieren. Hausbesitzer, die mitmachen, können mit einem Beitrag von 1000 Franken rechnen. Das entspricht ungefähr einem Zehntel der Anlagekosten. Laut Aeneas Wanner, dem Geschäftsführer Energie Zukunft Schweiz, der ähnliche Aktionen auch mit anderen Gemeinden durchführt, kostet eine Kollektoren-Anlage rund 15 000 Franken. Davon könne man 2000 Franken von den Steuern abziehen. Dazu kommen in Winterthur für 100 Interessenten die genannten 1000 Franken sowie Beratungsleistungen im Wert von je 500 Franken. Die Stadtwerke finanzieren die Aktion aus ihrem Klimafonds, den Freiwillige mit zusätzlichen 2 Rappen pro verbrauchte Kilowattstunde Strom auflösen. Mit dem Geld sollen Klimaschutzprojekte gefördert werden.

Solarthermische Anlagen heizen mittels Sonnenenergie Brauchwasser für die Haushalte auf. Übers Jahr gesehen liefern Kollektoren rund die Hälfte der dafür benötigten Energie. Laut Mitteilung der Stadtwerke erzeugt eine Anlage eine Energiemenge, die rund 3000 Kilowattstunden Strom oder 300 Litern Erdöl entspricht. Das sei ungefähr die Energiemenge, die ein 4-Personen-Haushalt jährlich fürs Waschen, Kochen, Kühlen, Fernsehen und die Beleuchtung verbrauche.

Informationsveranstaltungen 8. Juli und 1. Oktober, 19 Uhr 30. Alte Kaserne, Winterthur. Ausstellung ab 18 Uhr 30 offen.

**INHALT**

**Vor dem Wechsel ins Sozialdepartement**  
Der Zürcher Stadtrat Martin Waser zieht Bilanz seiner sechs Jahre als Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements. 47

**Demontage eines Klischees**



Eine Hippie-Film-Reihe im Programmkinno Xenix zeichnet ein selbstkritisches Bild von der Flower-Power-Revolution. Zürcher Kultur 49

**Für die SP ist Wahltag wirklich Zahltag**

*Keine andere Partei ist finanziell so stark abhängig von Abgaben Gewählter und Mitgliederbeiträgen*

Nach den Wahlniederlagen vom letzten Jahr geht die SP des Kantons Zürich auch finanziell über die Bücher. Denn weniger Sitze und Ämter bedeutet für die Partei weniger Einnahmen.

kg. Das will Dominik Schaub, der Finanzminister der kantonalen SP, festgehalten haben: «Wir sind nicht in der Krise.» Trotzdem hat er letzte Woche vor den Mitgliedern des Parteivorstandes die finanzielle Zukunft der SP in eher dunklen Farben gemalt. Sie nimmt pro Jahr rund 1,3 Millionen Franken ein, davon stammen gut 90 Prozent aus Beiträgen. Unter diesen Posten fallen bei der SP nicht nur die Mitgliederbeiträge, sondern auch die sogenannten Parteiausgleichsbeiträge (PAB) sowie separate Abgaben von Genossen, die in eine politische Behörde oder in ein Gericht oder in ein Parlament gewählt wurden.

**20 Sitze weniger**

Die Parteiausgleichsbeiträge werden auf der Basis des steuerbaren Einkommens berechnet und betragen zwischen 5 Promille und 12 Prozent je 1000 Franken. Wer als SP-Mitglied ein Vollamt ausübt, zum Beispiel als Richter oder Regierungsrat, legt noch 30 Prozent dazu. Kantons- und Nationalräte liefern zusätzlich zum PAB bis 20 Prozent ihrer Entschädigung ab. Allein die Voll-

ämter, die Sozialdemokraten innehaben, beschreiben der Partei rund 150 000 Franken pro Jahr.

Ein Wahljahr wie das letzte muss deshalb den Finanzchef der Partei beschäftigen: Die SP hatte im Kantonsrat plötzlich nur noch 36 statt wie bisher 53 Sitze, und im Nationalrat politisieren noch 7 Zürcher Sozialdemokraten; zuvor waren es 10 gewesen. Weniger SP-Kantonsräte bedeutet aber auch weniger SP-Richter, da die Stellen an den obersten kantonalen Gerichten gemäss dem Parteienproporz vergeben werden. Als zwei Oberrichter altershalber zurücktraten, konnte die SP diese Sitze in der laufenden Amtszeit (bis 2013) nicht mehr für sich beanspruchen. Dazu kam, dass ein Verwaltungsrichter aus der Partei austrat, nachdem ihm der Kantonsrat für eine weitere Amtszeit (bis 2013) gewählt hatte.

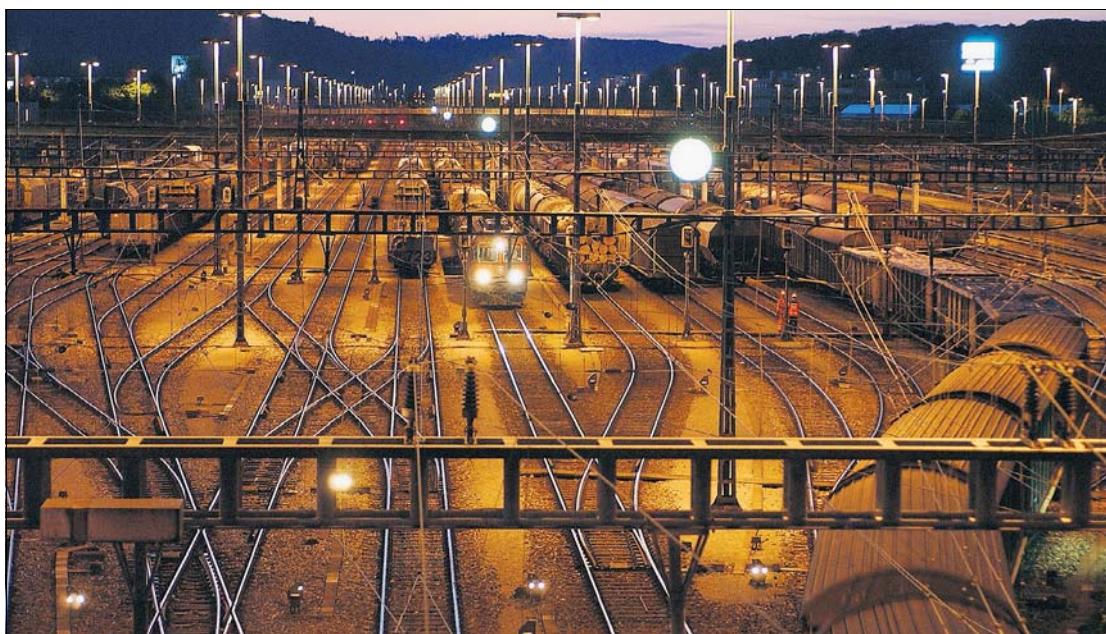
Wie andere Parteien auch verliert die SP Mitglieder. Laut Schaub zählte sie Mitte der neunziger Jahre noch rund 6200, heute sind es knapp 1000 weniger. Der Rückgang fällt finanziell stärker als bei anderen Parteien ins Gewicht, weil damit nicht nur weniger Mitgliederbeiträge in die Kasse fliessen, sondern auch weniger Parteiausgleichsbeiträge. Nimmt man PAB und Mitgliederbeiträge zusammen, liefert jedes «gewöhnliche» Mitglied im Durchschnitt 500 Franken an die Partei ab. Davon geht ein Teil allerdings an die Sektionen und ein weiterer an die SP Schweiz. Bei der Zürcher SVP würde man mit einer Spende in die-

ser Höhe bereits in den Förderverein «Kuratorium Blau/Weiss» aufgenommen.

**Eine Parteizeitung, die nicht ankommt**

Dramatisch sei das alles noch nicht, betont Schaub. Trotzdem schaut er jetzt offenbar die einzelnen Budgetposten genauer an. Auf Ende Jahr hat die SP den Vertrag gekündigt, der ihr im Parteiorgan «links.ch» vier Zürcher Seiten pro Ausgabe garantiert. Dafür gibt sie rund 50 000 Franken pro Jahr aus – Geld, das Schaub für schlecht investiert hält: «Links.ch» kommt an der Basis nicht an. Es gebe kaum Rückmeldungen auf Artikel und auf Ausschreibungen für Stellen.

Nach den Wahlniederlagen hat die SP eine «AG Zukunft» ins Leben gerufen. Diese soll nicht nur dafür sorgen, dass wieder klarer wird, wofür die SP politisch eigentlich steht. Sie soll die Partei attraktiver machen, auch für junge Menschen. Denn die seien, so Schaub, an der «Vereinsmeierei» nicht interessiert, würden nicht in eine Partei eintreten, um dann die Mitgliederkartei zu verwalten. Deshalb soll die Verwaltung professionalisiert, sollen kleine Sektionen zusammengelegt werden – damit, wer der Partei beiträgt, sich der Politik widmen kann und nicht der Verwaltung der Politik. Falls sie so Mitglieder und Wähler gewinnt, freut das den Finanzminister wohl ganz besonders. Denn bei der SP ist der Spruch «Wahltag ist Zahltag» eben mehr als nur ein Spruch.



Der Gateway Limmattal soll mehrheitlich auf dem Areal des bestehenden Rangierbahnhofs entstehen.

CHRISTOPH RUCKSTUHL

**Sitzung des Kantonsrats**

**Das Limmattal hadert mit dem Gateway**

*Das Kantonsparlament hält am Standort Dietikon für den Containerterminal fest*

Das Limmattal wehrt sich gegen den geplanten Gateway im Niederfeld von Dietikon. Seine Vertreter im Zürcher Kantonsrat scheiterten jedoch beim Versuch, alternative Standorte für den Güterumschlagplatz abzuklären. Ein entsprechender Vorstoss wurde klar abgelehnt.

sho. Fast jeder Redner, der gestern im Kantonsrat den Standortentscheid für den geplanten Gateway stützte, fügte an: Ja, man habe Verständnis für den Unmut im stark belasteten Limmattal über die Aussicht, mit dem Containerterminal eine weitere Infrastruktur von nationaler Bedeutung tragen zu müssen. SBB Cargo plant die Anlage neben dem bestehenden Rangierbahnhof im Niederfeld bei Dietikon. Der Kantonsrat hat Anfang 2007 einen entsprechenden Eintrag im Verkehrsrichtplan vorgenommen. Der Bundesrat hat diese Ergänzung kürzlich vorbehaltlos genehmigt.

**Misstrauen gegen die SBB**

Zur Debatte stand eine parlamentarische Initiative von Peter Weber (gp., Wald), die der Rat vor einem Jahr vorläufig unterstützt hatte. Damit wurde eine Ständesinitiative beim Bund verlangt, um alternative Standorte zu Dietikon abzuklären. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) stellte nun mit 9 zu 5 Stimmen jedoch den Antrag, die Initiative abzulehnen. Robert Brunner (gp., Steinmaur) erklärte namens der Minderheit, das Limmattal sei zu stark belastet, um auch noch den Gateway zuzugewinnen zu erhalten.

Mehrere Sprecher aus der Region wandten sich vehement gegen die Pläne. Immer mehr Menschen im Limmattal würden alles daran setzen,

das Vorhaben zu verhindern, erklärte Hanspeter Haag (svp., Weiningen). Willy Haderer (svp., Untereggen) meinte, als Präsident der Planungsgruppe Limmattal sei er zwar dem Richtplan verpflichtet. Aus Misstrauen gegenüber dem Bund bleibe ihm jedoch nichts anderes übrig, als die Initiative zu unterstützen. «Wir wehren uns bis auf Letzte gegen diesen Gateway», erklärte Barbara Angelsberger (fdp., Urdorf). Josef Wiederkehr (cvp., Dietikon) zog die Angaben der SBB in Zweifel. Nach dem neusten Stand seien keine flankierenden Massnahmen und ein 24-Stunden-Betrieb vorgesehen.

Auf diese Massnahmen verwiesen die Befürworter des Standorts Dietikon. Insbesondere sei festgehalten, dass 80 Prozent der Container mit der Bahn weitertransportiert würden. Weiter bestehe die Auflage, den Gateway nicht länger als 15 Stunden pro Tag zu betreiben. Entscheiden warf sich Priska Seiler (sp., Kloten) für das Projekt in die Bresche: «Wenn wir die Güter auf die Schiene verlagern wollen, brauchen wir den Gateway als Drehscheibe. Eine neue Standortabklärung bringt kein anderes Ergebnis.» Diese Sache sei politisch geladen, sekundierte Peter Reinhard (cyp., Kloten). Laut dieser Seite würde ein Verzicht auf den Gateway, weil der Umschlagplatz beim Zürcher Güterbahnhof noch gebraucht würde, den Bau der neuen Durchmesserlinie verzögern – was die Gegenseite allerdings bestreite.

**Fast einmütiges Nein aus dem Limmattal**  
Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer (svp.) versprach, der Kanton werde das Projekt Gateway begleiten und auf die Einhaltung der flankierenden Massnahmen pochen. Auf den Eintrag im Richtplan zurückzukommen, sei schon aus Grün-

den der Verlässlichkeit der Raumplanung falsch. Der Rat lehnte die Initiative mit 126 zu 34 Stimmen klar ab. Neben den Grünen stimmten nur die Parlamentarier aus dem Bezirk Dietikon mit Ausnahme der beiden SP-Vertreter dafür.

Weitere Berichte zum Kantonsrat auf Seite 48

Anzeige

*Introducing Shoes by:*

**RALPH LAUREN  
WALTER STEIGER**



**GASSMANN**

MODE AM PARADE ZÜRICH  
Poststrasse 5-7, 8001 Zürich  
044 211 08 37 info@gassmann-mode.ch